

Edda Ahrberg
Jörg Frommer
Maike Schmitz

„Die Würde des Menschen
ist unantastbar“

Die Erkenntnisse des Ministeriums für Staats-
sicherheit über 117 ehemalige Torgauer Häftlinge

Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicher-
heitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt

Vorwort	2
„Die Würde des Menschen ist unantastbar“ Die Erkenntnisse des Ministeriums für Staatssicherheit über 117 ehemalige Torgauer Häftlinge, welche auf dem Gertraudenfriedhof in Halle Anfang der 1950er Jahre verscharrt wurden (Stand: 3.3.2005)	4
Vorbemerkung	4
Zusammenfassung der Rechercheergebnisse	8
Die einzelnen Ergebnisse der Nachforschungen aus MfS- Unterlagen	16
Gesundheitliche Versorgung von 101 in Torgau verstorbenen Häftlingen	69
Hintergrund der Aufarbeitung der Krankenakten	69
Übersicht über die Aktenlage	69
Einbettung des Materials in die Zeitgeschichte	72
Tabellarische Übersicht über die einzelnen Fälle	74
Fallbeispiele Torgau	89
Kurzer Überblick über Tuberkulosediagnose und -behandlung im Nachkriegsdeutschland	96
Körperliche Folgen von Unterernährung	97
Diskussion der Ergebnisse	98
Anhang	101
Abkürzungsverzeichnis	103

Die *kursiv* dargestellten Textstellen sind Abschriften und Zitate. In der Tabelle ab Seite 17 sind diese in Anführung dargestellt. Soweit sie vor Inkrafttreten der Rechtschreibreform entstanden sind, wurden sie in alter Rechtschreibung belassen.

Vorwort

(Prof. Jörg Frommer)

Erinnerung hat ein zweiseitiges Gesicht: Einerseits ist die Spur unserer Erinnerungen das, was uns ausmacht, der Kern unserer Persönlichkeit, unsere persönliche Identität. Wenn einer seine Geschichte erzählt, dann kennen wir ihn, wissen, wer er ist, wo er herkommt, was ihn bewegt. Nicht nur die persönliche, sondern auch die kulturelle Identität trägt ein narratives Gesicht. Gesellschaftliche Gruppen, Institutionen, ja ganze Gesellschaften haben ihre Geschichte, die sie charakterisiert. Andererseits kann Erinnerung auch trügerisch sein. Schmerzhaft und schuldbeladene Erfahrung in die eigene Geschichte zu integrieren ist immer schwer. Dies trifft für Opfer und Täter zu. Gern vergessen wir, was nicht in unser Konzept passt. Es darf dann eben nicht gewesen sein, was wir nicht ertragen können, weil es zu schmerzhaft ist oder zu sehr abweicht von dem Idealbild, das wir uns haben.

Die Zweigesichtigkeit traumatischer Erinnerung trifft besonders für unsere nationale deutsche Geschichte zu. Deutsche Identität ist für alle, die im 20. Jahrhundert geboren sind, belastet durch zwei Weltkriege, nationalsozialistische Gewaltherrschaft, Holocaust, sowjetische Besatzung, DDR-Unrechtsstaat und den Zusammenbruch haltgebender Orientierungen durch die globalen Umbrüche, die sich seit der politischen Wende in Europa vollziehen. Noch sind die Leidensgeschichten vieler Menschen aus dieser Zeit ungenügend erforscht. Gleichzeitig tauchen aber auch schon wieder gesellschaftliche Kräfte auf, die bagatellisieren, verschleiern und herunterspielen und dadurch die Würde der Opfer beschädigen. Dieser Gefahr ist auch das Gedenken an die 117 ehemaligen Torgauer Häftlinge, welche auf dem Gertraudenfriedhof in Halle Anfang der 50er Jahre verscharrt wurden, ausgesetzt. Dem mutigen Friedhofsleiter, der es damals wagte, heimlich ein Verzeichnis der beigesetzten Urnen anzulegen, ist es zu ver-

danken, dass die Trauer um diese grausam zu Tode gekommenen Menschen einen Ort erhalten hat. Ohne Orte des Gedenkens können nämlich auch die Trauerprozesse der Hinterbliebenen nicht zum Abschluss kommen und das öffentliche Bewusstsein erliegt der Versuchung, das Unangenehme zu vergessen. Die Grabanlage auf dem Gertraudenfriedhof ist daher nicht nur wichtig für die unmittelbar Hinterbliebenen, sondern sie symbolisiert darüber hinaus, dass das Schicksal von Tausenden von Menschen, die in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR aus politischen Gründen inhaftiert waren, heute nicht vergessen ist. Auch die vielen, die die Haft überlebten, verließen sie zumeist mit schweren, oft lebenslangen seelischen und körperlichen Folgeschäden, oder mussten später erkennen, dass scheinbar unabhängig von der Haft entstandenen Krankheiten letztlich auf diese zurückzuführen sind.

Der Arbeit von Edda Ahrberg und Maike Schmitz ist es nun aber zu verdanken, dass mit der Vorlage dieser Dokumentation viele Details aus den Lebens- und Sterbensgeschichten der 117 ehemaligen Torgauer Häftlinge zu Tage kommen. Mosaiksteine sind es, die hier vorgelegt werden. Ziel der Arbeit ist es nicht, diese Mosaiksteine zu einem geschlossenen Bild zusammenzufügen und den Leser von einer bestimmten Geschichtsinterpretation zu überzeugen. Dazu ist das Material zu vielschichtig und die Bezüge sind zu komplex. Eines zeichnet sich aber unmissverständlich ab: Es handelt sich um 117 schlimmste Leidensgeschichten, deren Zufügung weder historisch, noch juristisch oder moralisch begründet werden kann. Der Leser wird selbst entscheiden, wie er diese Geschichten interpretiert. Eines wird ihm aber unmissverständlich deutlich werden, nämlich, dass durchgängig krasse Missverhältnis zwischen Haftgrund, Dauer der Haftstrafe und offenbar todbringenden Haftbedingungen. Hierfür gibt es keine Rechtfertigung.

**„Die Würde des Menschen ist unantastbar“
Die Erkenntnisse des Ministeriums für Staatssicherheit
über 117 ehemalige Torgauer Häftlinge, welche auf dem
Gertraudenfriedhof in Halle Anfang der 1950er Jahre ver-
scharrt wurden (Stand: 3.3.2005)**

(Edda Ahrberg)

Vorbemerkung

Nach ausführlichen Diskussionen der Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen mit der Stadt Halle, dem Regierungspräsidium Halle und dem Innenministerium Sachsen-Anhalt wurde am 1. Juli 2003 auf dem Gertraudenfriedhof in Halle nach über 50 Jahren eine Grabanlage für 117 Anfang der 50er Jahre in Torgau verstorbene Häftlinge eingeweiht.¹ Eine Tafel informierte mit folgendem Text über die Geschichte der dort bestatteten Menschen:

Diese Grabanlage wurde im Jahr 2002 für 117 Menschen errichtet, die in den Jahren 1950–1953 an den Folgen der Haftbedingungen im Torgauer



Grabanlage auf dem Gertraudenfriedhof (Foto: LStU)

¹ Vgl. Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Sachsen-Anhalt, 9. und 10. Tätigkeitsbericht

Gefängnis Fort Zinna starben. Die Gefangenen waren von sowjetischen Militärtribunalen zu 7 bis 25 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Der Wahrheitsgehalt der Anklagen wurde nicht geprüft, es bestand keine Möglichkeit zur Verteidigung, und die Angehörigen erfuhren nichts über den Verbleib der Gefangenen. Auch über ihren Tod wurden sie nicht informiert, und so warteten die Familien noch viele Jahre vergeblich auf die Rückkehr der Verschwundenen und wagten es nicht, öffentlich über ihre verzweifelte Trauer zu reden.

Die kommunistischen Machthaber hatten die Verstorbenen zur Einäscherung nach Halle bringen lassen und den Befehl erteilt, die Urnen ohne jede Kennzeichnung „verlassen“ beizusetzen. Damit sollte erreicht werden, dass die Urnen unauffindbar bleiben.

Die damaligen Mitarbeiter der Friedhofsverwaltung haben diesen Befehl nicht ausgeführt, sondern die Urnen in der Abteilung 39, einem Reihengrabfeld, dessen Ruhefristen bereits abgelaufen waren, bestattet. Die Urnen wurden einzeln, jeweils hinter dem Grabstein bzw. Kopfende eines Grabes beigesetzt. Da dies nicht in einer Reihe, sondern im Gräberfeld weit verteilt erfolgte, hat der Friedhofsleiter, trotz des damit für ihn verbundenen Risikos, heimlich einen Lageplan angefertigt. Dank dieses Planes, der 1993 im Friedhofsarchiv gefunden wurde und der nun, nach der friedlichen Revolution von 1989, der Öffentlichkeit präsentiert werden konnte, fiel endlich Licht auch auf dieses schreckliche Kapitel unserer Geschichte.

Die Urnen wurden umgebettet, um ihnen hier in dieser Grabanlage eine letzte würdige Ruhestätte zu geben. Die Steine tragen die Namen aller Toten, deren Angehörige nicht mehr ermittelt werden konnten.

Viele von ihnen wurden inzwischen von der russischen Administration rehabilitiert.

Die Grabanlage wurde im Sinne des Gesetzes der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft anerkannt und hat daher unbegrenztes Ruherecht.

Ansprache von Benno Prieß (Waldheim-Kameradschaftskreis)

*Sehr verehrte Frau Oberbürgermeister,
sehr verehrte Damen und Herren,
liebe Kameraden der Häftlingsverbände*

Anlässlich einer Tagung der Opferverbände im Mai 2001 besuchte ich das erste Mal den Gertraudenfriedhof in Halle.

Es war nicht nur für mich, sondern auch für die meisten der Besucher erschütternd, wie man unsere toten Kameraden bestattet hatte.



Benno Prieß (Foto: LStU)

Ziemlich am Rande des Friedhofes waren sie anonym unter Laub und Zweigen – für niemanden erkennbar – begraben.

Es war nicht möglich, die mitgebrachten Blumen direkt an einem Grab niederzulegen. Wir mussten die mitgebrachten Blumen auf einer kleinen Mauer ablegen.

Es war uns sofort klar: Dieser Zustand musste geändert werden.

Unsere in Torgau verstorbenen Kameraden waren Anfang der 50er Jahre hier in Halle eingäschert worden. Die Urnen gingen dann zu-

rück nach Torgau und wurden Jahre später wieder nach Halle gebracht, wo sie hier – ohne einen Hinweis – vergraben wurden.

Dass unsere toten Kameraden wieder einen Namen und ihre Ehre haben, ist dem Umstand zu verdanken, dass ich 1989, also gleich nach der Wende, in der Justizvollzugsanstalt in Torgau im Fort Zinna eine Liste in die Hände bekam, auf der die Namen der verstorbenen Häftlinge aufgeschrieben waren. Sie starben gleich 1950 nach der Übernahme von den Sowjets an die Volkspolizei an den Folgen der unmenschlichen Haftbedingungen.

Hier starben auch meine Freunde Willi Möller, Dr. Hermann Priester und Hermann von Haecks, um nur einige zu nennen. Zuvor waren wir schon in Bautzen und Sachsenhausen durch die Sowjets inhaftiert.

Erwähnen möchte ich noch folgendes:

Weitere schwer kranke Häftlinge in Torgau, die nicht mehr haftfähig waren, wurden in das Haftkrankenhaus nach Waldheim überführt, wo noch viele starben.

Deren Urnen wurden in Döbeln – ebenfalls anonym – auf dem Friedhof beigesetzt.

Seit 1992 ist aus dieser anonymen Grabstätte eine würdige Gedenkstätte geworden.

Ich bedanke mich im Namen aller noch lebenden ehemaligen Häftlinge, dass die Stadt Halle den Toten der kommunistischen Gewaltherrschaft eine würdige Gedenkstätte errichtet hat.

Dafür sind wir sehr dankbar.

Ansprache von Mirjam Voß (PfarrerIn)

Wie menschlich eine Gesellschaft ist, zeigt sich nicht zuletzt daran, wie sie mit ihren Toten umgeht.

Wir sind hier mit dem Wunsch gutzumachen, was doch nicht gutzumachen ist. Diese Toten, deren Namen wir auf den Steinen nachlesen können, waren ein lästiges Problem für die gerade gegründete DDR. Dabei nahm sie doch für sich in Anspruch, Menschlichkeit geradezu zu verkörpern.

Verscharrt, anonymisiert – so sollte diesen Häftlingen nach ihrem Tod durch Hunger und Krankheit in der Torgauer Haftanstalt Fort Zinna ihr Lebensrecht noch einmal genommen werden. Ihr Leben weggewischt, ihre Namen ausgelöscht, die Erinnerung an sie vergraben. Den hinterbliebenen Angehörigen blieb man sogar die Todesnachricht schuldig. Aus welchen Motiven auch immer sich der damalige Friedhofsleiter entschloss, die Urnen aus Torgau eben nicht unauffindbar zu verscharren – seiner Zivilcourage ist es zu danken, dass Unrecht nicht gutgemacht, aber nun endlich doch ein wenig Befriedung erfährt. Diese Menschen sollen ein halbes Jahrhundert nach ihrem Tod bekommen, was ihnen ein inhumanes Regime verweigerte und doch jedem einzelnen zusteht: ihren Platz in der Mutter Erde – unabhängig von Schuld oder Unschuld, von Erfolg oder Scheitern.

Wenn wir jetzt an der ihnen am Ende doch gewährten Ruhestätte stehen, tun wir das stellvertretend für die Familien und für alle, die ihnen sonst in Liebe und Freundschaft verbunden waren und denen dieser Abschied verwehrt wurde.

Die nun hier begraben sind, starben leise, hinter verschlossenen Türen.

So soll heute ihr Name laut genannt werden, gerade auch für die, die um sie trauerten und keinen Ort für ihre Trauer hatten außer dem in der Verschwiegenheit ihrer Herzen.

(An dieser Stelle wurden die Namen verlesen und auf jeden Stein eine Rose gelegt.)

Fürchte dich nicht, denn ich habe dich erlöst, ich habe dich bei deinem Namen gerufen; du bist mein.

Dieses Wort steht als ein Wort Gottes im Jesajabuch des AT der Bibel.

Wir tragen Namen.

Wir werden unterscheidbar.

Wir werden gekannt, erkannt, anerkannt unter unserem Namen.

Er ist Ausdruck unserer Würde, unserer Einzigartigkeit.

Guter Gott,
ich bitte dich für all die, denen der Name genommen wurde,
für diese 117 Männer, die endlich unter ihrem Namen der Erde zurückgegeben wurden: lass sie in Frieden ruhen.

Den alttestamentlichen Segen spreche ich für sie ebenso wie für uns, dass wir nicht übersehen, wo Menschen heute die Würde genommen wird.
(Segen)

Im Jahr 2004 forderten der IVVdN und die PDS die Entfernung der Tafel und die Beseitigung der Grabanlage mit der Begründung, dass dort bis auf wenige Ausnahmen „Nazi- und Kriegsverbrecher“ beerdigt seien. Unter anderem bezog sich der IVVdN auf Auskünfte der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes. Dies war Veranlassung, oben genanntes Forschungsvorhaben zu beginnen.

Ausdrücklich wird jedoch festgestellt, dass die Würde des Menschen ein friedvolles Sterben und das Recht auf eine menschenwürdige Bestattung einschließt. Jedem stehen ein Grab und die Totenruhe auf einem Friedhof zu, unabhängig davon, wer er oder sie zu Lebzeiten waren.²

Zusammenfassung der Rechercheergebnisse

Diese Zusammenfassung basiert ausschließlich auf den Unterlagen, die als Bestände des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) von der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU) verwaltet werden und im Rahmen eines Antrages auf Akteneinsicht 2004 zur Verfügung gestellt wurden. Der Antrag wurde gestellt, um die Kenntnisse des MfS über die Haftsituation und die Urteilsgründe zu ermitteln. Ziel der Untersuchung ist es, die öffentlich ausgebrochene Diskussion über die neuangeordnete Grabanlage zu versachlichen.

Im Ergebnis wird festgestellt, dass diese in Torgau verstorbenen Häftlinge Opfer einer rechtsstaatswidrigen Urteilspraxis und der menschenverachtenden Haftbedingungen wurden.

Bei den vorgelegten Unterlagen handelte es sich in den allermeisten Fällen um Rückvergrößerungen verfilmter Unterlagen, deren Lesbarkeit oft zu wünschen übrig lässt. Das ist besonders bei den wenigen vorhandenen Lebensläufen und den Gesundheitsunterlagen (erweiterte Unterlagen zu 37 Personen vorhanden) der Fall. Andere Aktenbestände wurden nicht

² Nähere Informationen unter www.zeit-geschichten.de

Unterm Mühlstein der Geschichte

Streit um Torgauer Urnen: Wie Arno Brake und Wilhelm Biermann als Kriegsverbrecher abgestempelt wurden

Um ein Grabfeld in Halle für 117 Tote aus dem Sowjet-Gefangenlager Torgau ist heftiger Streit entbrannt. Kritiker werfen der Stadt vor, dort auch Kriegsverbrecher beerdigt zu haben. In die Akten über deren Schicksal ist einem anderen Licht erschein.

Von unserem Redakteur STEFFEN KÖNIG

Kloster Neuendorf/NZ. Arno Brake war am Tatort. Am 14. April 1945, es ist noch dunkel über dem Gelände des Klosters, stürmt ein Soldat in die Hand vor mit einer Schaufel in der Hand vor der Feldscheune im Gartelegener Ortsteil Isenschubbe. Sein Befehl: Die Leichen von 1 016 KZ-Häftlingen begraben, die am Abend zuvor in einem grauenhaften Massaker in einem Gefangenlager unter dem Befehl von NSDAP-Führer Ernst Thiele ermordet worden sind.

Zu Haus geblieben
Sein Nachbar Wilhelm Biermann, Aufgebot bestellt, ist schon seit der Befehl erteilt, zur Schau zu kommen, sagt der 49-jährige Musiker ja. Und bleibt zu Haus.

Sechzig Jahre später gelten Brake und Biermann dennoch als Verantwortliche für das „Kriegsverbrechenfall 1 021“ genannte Massaker. Ein Streit um eine Grabfläche für 117 Tote aus dem Sowjet-Straflager



Eine Aufnahme der Feldscheune in Gartelegener Ortsteil Isenschubbe, in der 1 016 KZ-Häftlinge ermordet wurden.



Kapitulation von deutschen Soldaten und Volkssturm-Angehörigen gegenüber der 1. US-Armee im April 1945.

Torgau tobt, ist der Mühlstein der Geschichte dabei, Brake und Biermann zu zermahlen. Sie sind Hauptfiguren in einem Geschichtsbuch, von dem weder Brakes Sohn Bernd noch Biermanns Enkelin Ingrid etwas wissen. In der Stadt zählt Sohn Bernhard, dass er in Torgau gestorben ist. „Weswegen er verurteilt wurde, woran er starb und wo er begraben liegt“, „meine Mutter“, sagt der 80-jährige, „hat es bis zu ihrem Tod nicht erfahren.“

Anonym verscharrt

Der Musiker und der Holzfüller, gestorben 1950 und 1951 in Torgau, lagen mehr als 50 Jahre anonym auf dem halbeschen Gertraudenfriedhof verscharrt. Kaum hatte die Stadt Halle dann eine würdige Grabstätte für sie und die anderen 116 Tote angeordnet, wurde die Interessengruppe der Verfolgten des Naziregimes (IVVdN)

Brake und Biermann als Kriegsverbrecher. Beide seien „Teilnehmer an dem Massaker von Isenschubbe“ gewesen, klagten IVVdN-Forderungen nach „monatlangem Archivstudium“ an. Deshalb seien beide „als Kriegsverbrecher“ eingestuft und in Torgau inhaftiert worden, meint IVVdN-Chef Jupp Geratz. „Zweifelsfrei Schuldigen“ wie ihnen dürfe nicht im Nachhinein ein „Ehrenhain“ errichtet werden. „Man hätte sich vorher ein Bild machen sollen, wen man da begräbt.“

Übergabe an Sowjets

Eine Teilnahme daran ist den beiden Männern später nie vorgeworfen worden. Brake und Biermann wurden von den Amerikanern wegen der Erschießung der beiden Sowjaken interniert und im Sommer 1945 in Torgau inhaftiert. Die beiden anderen Männern, die im Lager

1 021* aufgegriffen wurden, an die sowjetischen Truppen übergeben. Jetzt plötzlich aber werden aus den Volkssturmmännern die Massenmörder und Kriegsverbrecher, die im Kampf gegen die Torgau-Graben KZ-Häftlinge zu lassen. Zwei Tage später werden sie von den Sowjets an die Amerikaner übergeben. Sie werden an die Sowjets übergeben haben, aus denen hervorgeht, was Thiele Brake und Biermann getan haben und was nicht, verurteilt ein Militärtribunal beide im Sommer 1947 zu je 25 Jahren Zwangsarbeit.

Ein Urteil, das in seiner Zurechnung kein Kriegsverbrechen sühnt. Der Kommandeur ihrer Volksturmgruppe wird nicht angeklagt, sondern zu den Amerikanern zurückgeschickt, die ihn sofort freilassen. Und Kreisleiter Gerhard Thiele ist schon seit Januar 1946 ein treuer Mann. Der Initiator des Massakers, der 1945 in Torgau stirbt, stirbt 1994 im Alter von 85 Jahren als unbescholtener Mann.

Mitteldeutsche Zeitung vom 9.12.2004

Urteilsauszug

Vom Militärtribunal der SMt. des Landes Thüringen
 Akten Nr. [REDACTED] nach der Anklage für antisowjetische Propaganda
 1. Familien-, Vor- und Vatersname (ausführlich schreiben) [REDACTED]
 2. Geburtsjahr und Geburtsort [REDACTED]
Thüringen
 3. Heimatanschrift [REDACTED]
 4. Nationalität Deutsch 5. Staatsangehörigkeit Deutschland
 6. Schulbildung 8 Klassen 7. Parteizugehörigkeit parteilos
 8. Beruf Maler 9. Familienstand verheiratet
 10. Beschäftigung vor der Haft Maler in [REDACTED]

Verurteilt:

Familien-, Vor- und Vatersname, [REDACTED]
 laut den Artikeln 58-10 des Strafges. B. der RSFSR
 Genau angeben wofür für Verbreitung antisowjetischer Agitation
und Propaganda unter der Bevölkerung
 Strafmaß 10 (zehn) Jahre Strafarbeitslager
~~Mit oder~~ ohne Eigentumsbeschlagnahme
 Strafverbüßung rechnet ab 25. März 1947.

Original mit den gehörigen Unterschriften der Tribunalzusammensetzung
 Für die Richtigkeit der Übersetzung [REDACTED] DP-Meister

Auszug beglaubigt:

(Unterschrift)

(Feldpoststempel)

18. Januar 1950

Kopie BStU
 ARB

Quelle: BStU, MfS, ZA, G, Abt. XII, RF 551, Bl. 6

einbezogen, da es hier schon weitergehende Nachforschungen (z. B. durch Mitarbeiter der Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle) gibt. Das Ziel dieser Akteneinsicht bestand allein darin zu klären, welche Erkenntnisse das MfS über die Tatvorwürfe und die Haftbedingungen der konkreten Personen hatte. Zur Praxis der Sowjetischen Militärtribunale und die Haft-situation in der SBZ/DDR wird daher als Ergänzung ausdrücklich auf zahl-reiche bisher erschienene Publikationen verwiesen.

Gesichtet wurden Unterlagen zu 101 von 117 Männern, die in 100 Fällen von Sowjetischen Militärtribunalen in den 1940er Jahren in der SBZ und in einem Fall Anfang der 1950er Jahre von einem deutschen Gericht verur-teilt wurden und die zwischen 1950 und 1953 im Zuchthaus Torgau ver-starben. Zu den restlichen Personen fanden sich keine Hinweise. Aus Datenschutzgründen wurden von der BStU die Namen geschwärzt. Auf diese Weise konnten die Sachverhalte, also Urteilsgründe und Gesund-heitsunterlagen, offen gelassen werden. Die Ergebnisse der Recherchen wurden in einer Tabelle zusammengefasst, wobei die Personen durch-nummeriert sind. Die Reihenfolge entspricht **nicht** einer alphabetischen Auflistung.

Bis auf den von Deutschen verurteilten Häftling (Hier ist der Untersu-chungsvorgang vorhanden.) fanden sich zu den ehemaligen Häftlingen schmale Aktenbestände (in der Regel zwischen 10 und 30 Blatt). Be-standteile waren in fast jedem Fall ein Fragebogen (vier Seiten) und ein Urteilsauszug (siehe Dokument S. 10 – aus Nr. 1), der 1950 erstellt wurde (eine Seite), manchmal Mitteilungen über Arreststrafen, Krankenunterla-gen, Totenscheine und Hinweise zur Einäscherung bzw. Durchschriften von Informationen an Angehörige.

Der Fragebogen wurde nach der Übergabe aus sowjetischer Haft 1950 an die deutschen Behörden ausgefüllt und von den Gefangenen unterschrie-ben. Er enthält Fragen zur Person, zum Tatvorwurf, zur Parteizugehörig-keit während des Dritten Reiches und zur Wehrmacht. Am Ende wird ge-fragt, ob sich der Gefangene schuldig bekennt. Manche antworteten mit „ja“, manche mit „nein“. Ein Mann starb bereits, bevor er den Fragebogen ausfüllen konnte (83).

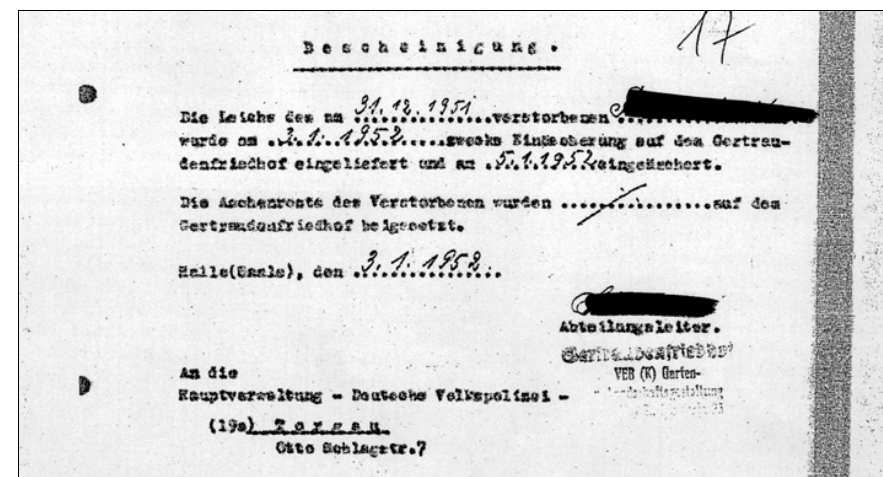
Der Urteilsauszug wurde aus dem Russischen ins Deutsche übersetzt und enthält häufig eine falsche Schreibweise der Namen. Er enthält neben den §§ aus dem russischen Gesetzbuch in der Regel nur eine ungenaue Kurz-beschreibung der Vorwürfe aus Sicht des Sowjetischen Militärtribunals. Aus dieser können der genaue Hergang und auch die Tatvorwürfe **nicht** rekonstruiert werden. Allerdings ist ersichtlich, ob sich der Vorwurf auf die Zeit des Nationalsozialismus (56 Personen) oder auf die Zeit nach Beendi-gung des 2. Weltkrieges (40 Personen, eingeschlossen der von Deutschen verurteilte Mann) bezieht.

Fünf Fälle lassen sich in dieses grobe Raster nicht einordnen. So wurde ein ehemaliges KPD-Mitglied verurteilt, weil es im April 1940 einen Brief an Radio London mit „provokatorischen und verleumderischen Äußerungen über die bewaffneten Kräfte der UdSSR“ geschrieben haben soll. Ein anderer soll 1932 „als Gruppenführer der SA in der Stadt Oranienburg“ eine Sturmabteilung angeführt haben, „welche die Verhaftungen der Mitglieder der kommunistischen Partei durchführte“. Er verließ 1933 die SA wieder.

Bei den Vorwürfen nationalsozialistischer Vergehen muss berücksichtigt werden, dass es sich oft um Vorfälle während des Krieges handelt. Das betrifft die Urteile zum Umgang mit Zwangsarbeitern, zu Auseinandersetzungen mit Partisanen oder zur Beteiligung an Verhören und zu Vorwürfen, an Erschießungen teilgenommen zu haben. Zu den Vorwürfen gegen zwei Personen, die in Gardelegen/Isenschubbe an dem Massaker gegen Häftlinge beteiligt gewesen sein sollen, wird ausdrücklich auf einen Artikel in der Mitteldeutschen Zeitung vom 9.12.2004 („Unterm Mühlstein der Geschichte“) verwiesen.

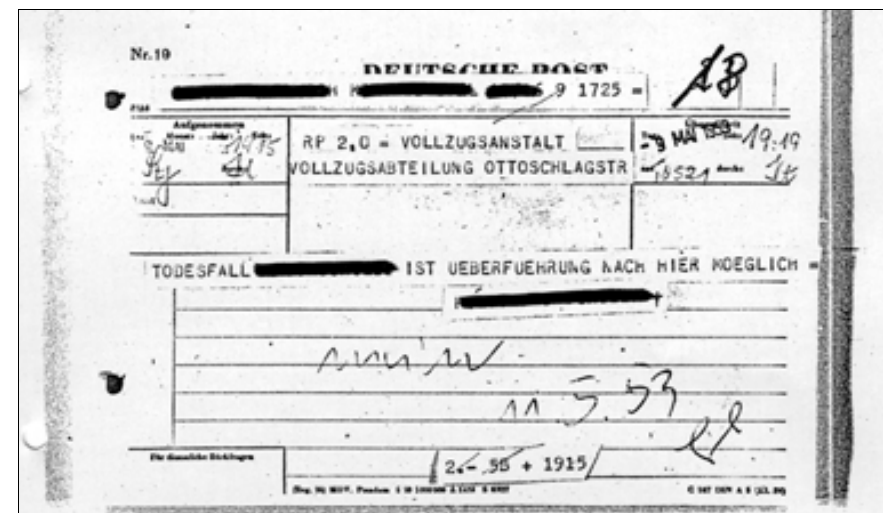
Die Strafmaße betrugen zwischen 6 und 25 Jahren (6 Jahre: 1, 8 Jahre: 3, 10 Jahre: 83, 15 Jahre: 9, 25 Jahre: 4, ein Urteil konnte nicht ermittelt werden). Damit bewegen sich die meisten Urteile in einem Bereich, der damals als unter dem Durchschnitt galt. 15 bis 25 Jahre Haft entsprach dem Durchschnitt der Urteilshöhe. Die verhängten Strafen und die kurze Begründung lassen Fragen aufkommen: So bekam jemand „nur“ acht Jahre Haft für „die Teilnahme an Verschleppungen zur Zwangsarbeit nach Deutschland von 20000 sowjetischen Bürgern“ (52). Eine andere Person wurde zu zehn Jahren Haft verurteilt „wegen Verprügelung mit Stöcken und Fäusten von 10 Personen ..., die unter seiner Aufsicht arbeiteten“ (47). Aber auch der bekam zehn Jahre, der zwei sowjetische Bürger verprügelt haben sollte (62). 25 Jahre Haft war dagegen die Strafe für ein ehemaliges SED-Mitglied wegen „Spionage für den englischen Nachrichtendienst“ (2).

Die Unterlagen enthielten in einigen Fällen Hinweise über Besuchserlaubnisse und geschriebene und empfangene Briefe. Die Besuchsdauer ist mit 30 Minuten angegeben. Das Mitbringen von Lebensmitteln war nicht gestattet. In einem Fall wurde das mitgebrachte Milchpulver vor den Augen des Gefangenen vernichtet. Das wog besonders schwer vor dem Hintergrund, dass die Haftbedingungen menschenunwürdig waren. Viele der Gefangenen hatten Untergewicht und waren mit ihren Kräften am Ende. Eine Häftling war in Haft, trotzdem beide Beine amputiert waren. Als häufigste Todesursache wurde offene Lungentuberkulose vermerkt. Es fiel auf, dass die Totenscheine manchmal bis zu zwei Tage nach dem Tod ausgestellt wurden. In einem Fall starb jemand kurz nach einer Oberschenkelamputation, ein anderer 12 Tage nach einem Schlaganfall – beide im Zuchthaus und nicht im Krankenhaus.



Quelle: BStU, MfS, ZA, G, Abt. XII, RF 557, Bl. 25

Bei den Schreiben des Gertraudenfriedhofs Halle mit der Bestätigung der Einäscherung ist merkwürdig, dass hierfür in der Regel als Zeitpunkt ein Datum zwei Tage **nach** dem Ausstellen des Scheines angegeben wird, dabei aber die Vergangenheitsform verwendet wurde. Angaben zur Grablage wurden nicht gemacht. In der entsprechenden Zeile findet sich meist ein Strich oder gar keine Bemerkung. (siehe Dokument oben – aus Nr. 49)



Quelle: BStU, MfS, ZA, G, Abt. XII, RF 567, Bl. 28

Nicht in jedem Fall finden sich Hinweise darüber, ob die Angehörigen über den Tod informiert wurden. Wenn ja, ist oft der Bestattungsort nicht genannt. Auf Nachfrage wurde einigen Angehörigen mitgeteilt, dass ihnen der Leichnam oder die Urne nicht übergeben werden kann. Eine Tochter fragte telegraphisch an, ob die Überführung der Leiche ihres Vaters möglich ist. Auf dem Telegramm wurde handschriftlich ein kurzes „nein“ vermerkt (siehe Dokument S. 13, unten – Nr. 56). Die Angehörigen hatten kein Mitspracherecht bei der Entscheidung über Erd- oder Feuerbestattung und schon gar nicht über den Bestattungsort. Nach einer zitierten Anweisung des Ministeriums des Innern wurden die nächsten Angehörigen, wenn sie in die Bundesrepublik verzogen waren, nicht über den Tod informiert (siehe Dokument unten – aus Nr. 77).

21. November 1950
III/33.35
HS
Abteilung: Org.
Tgb.Nr. 1
Kw/Bl.
An den
Leiter der Strafanstalt
Torgau
Betr.: Sterbefall
Bezug: Dort. Schreiben vom 16.11.1950 - Tgb.Nr. 1
In der Anlage wird die bisher nicht zustellbare Mitteilung über den Tod des Strafgefangenen zurückgesandt.
Im Fragebogen des W. ist die Anschrift der Angehörigen wie folgt angegeben: [redacted] Pankow, [redacted]. Diese Angaben sind auch auf dem Totenschein von der Strafanstalt selbst vermerkt.
Es ist unverständlich, daß bei den erwähnten Angaben eine Benachrichtigung an eine Frau [redacted], Berlin-Reinickendorf erfolgen konnte und welchen Unterlagen dieser Name und Wohnort der Angehörigen entnommen wurde. Bemerkt sei außerdem hierzu, daß

- 2 -

Berlin-Reinickendorf im französischen Sektor liegt und eine Benachrichtigung daher unvereinbar mit den ergangenen Richtlinien ist. Weiterhin wird im Schreiben der Strafanstalt vom 16.11.50 von einer Frau [redacted] gesprochen. Diese Angaben sind aus der Gefangenensakte und der Karteikarte nicht zu ersehen.
Bei dieser Arbeitsweise ist es nicht verwunderlich, daß durch die notwendigen Rückfragen eine unnötige Arbeitsüberlastung entsteht und letzten Endes die Angehörigen erst nach Monaten Nachricht erhalten.
Es wird ersucht, den Leiter der Vollzugsanstalt entsprechend zu belehren und dafür Sorge zu tragen, daß sich ein derartiger Fall von gewissenloser Arbeit nicht wiederholt.
Die Mitteilung ist nun an Frau [redacted] Pankow, [redacted] zu richten und die Durchschrift der Hauptabtlg. HS zur Beilegung in die Gefangenensakte zu übersenden.
1. Anlage
Komm. Hauptabteilungsleiter
(redacted)
VF-Inspekteur

Quelle: BStU, MfS, ZA, G, Abt. XII, RF 524, Bl. 11, 12

1958 fragte die Strafvollzugseinrichtung Torgau bei den Standesämtern der ehemaligen Heimatorte nach, ob der Tod eingetragen sei. In vielen Fällen wurden erst jetzt Sterbeurkunden ausgestellt. In einer Akte findet sich folgender Hinweis in einem Schreiben vom 29.5.1958: „Wir verweisen noch darauf, dass zur damaligen Zeit laut Verfügung des Ministers für Arbeit und Gesundheitswesen der DDR vom 6.9.1950 die Beurkundung des Sterbefalles beim zuständigen Standesamt des letzten Wohnsitzes vorgenommen wurde.“ (siehe Dokument unten – aus Nr. 48) In diesem Zusammenhang kommt es immer wieder zu Ungereimtheiten und Diskussionen über die Zuständigkeit, ob das Standesamt des letzten Wohnortes oder das des Sterbeortes, also Torgau, zuständig sei.

14
Strafvollzugsanstalt
- Torgau -
Torgau, den 29. Mai 1958
Az.: [redacted] Vo./Bo. -2
Tgb.Nr.: [redacted] /58
Dringend!
An den
Rat der Stadt [redacted]
Urkundenstelle
Betr.: Verstorbenen [redacted] geb. am [redacted] 1904
in [redacted]
Bezug: Unser Schreiben vom 06. Mai 1958 und dortige Zwischenantwort vom 12. Mai 1958.
Der oben Genannte ist am 22. November 1950 in Torgau verstorben. Seine letzte Wohnadresse war [redacted].
Wir verweisen noch darauf, dass zur damaligen Zeit laut Verfügung des Ministers für Arbeit und Gesundheitswesen der DDR vom 06.09.1950 die Beurkundung des Sterbefalles beim zuständigen Standesamt des letzten Wohnsitzes vorgenommen wurde.
Wir bitten nochmals um umgehende Mitteilung ob der obige Sterbefall dort registriert ist.
Leiter der Strafvollzugsanstalt

Quelle: BStU, MfS, ZA, G, Abt. XII, RF 553, Bl. 19